



# HESSISCHER LANDTAG

20. 03. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend mehr Transparenz bei Lobbyismus - Anhörung als  
Beginn eines gemeinsamen Prozesses**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die parlamentarische Arbeit vom Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, aber auch vom Austausch mit Interessengruppen, Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen lebt. Sachkundige Beiträge aller Beteiligten und Betroffener sind wichtig, legitim und innerhalb eines demokratischen Systems unverzichtbar. Sie ermöglichen es Landtag und Landesregierung, in Gesetzgebungsverfahren und Entscheidungsprozessen abzuwägen und zu praxistauglichen und dauerhaften Regelungen zu gelangen. Ebenso wichtig ist, dass diese Entscheidungsprozesse und insbesondere die Einflüsse, die auf sie einwirken, transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sind. Dies dient der Glaubwürdigkeit und Akzeptanz sowohl von Landtag und Landesregierung als auch der verschiedenen Lobbygruppen.
2. Der Landtag wird deshalb eine Anhörung durchführen, in der die Funktionen organisierter Interessenvertretung innerhalb des demokratischen Prozesses untersucht werden. Insbesondere soll erörtert werden, welche Maßnahmen geboten sind, um sowohl das Primat der Politik gegenüber intransparentem Lobbyismus durchzusetzen als auch die Formen legitimer Interessenvertretung zu stärken. Eine dieser Maßnahmen könnte die Einführung eines Lobbyregisters beim Landtag sein.

**Begründung:**

Die Organisation von Interessen gehört zur Demokratie. Der Austausch unterschiedlicher Meinungen und Bewertungen ist Kern einer pluralistischen Gesellschaft. Findet dieser Austausch zwischen Politik und Interessengruppen statt, muss er für die Öffentlichkeit transparent sein. Unter anderem Bundestagspräsident Norbert Lammert sieht einen "beträchtlichen Einfluss" von Lobbyisten auf die Erarbeitung von Gesetzen. Er forderte deshalb bereits 2010 mehr Transparenz und Kontrolle. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen Auskunft darüber, wessen Interessen und Interessenvertreter die Entscheidungsfindung der von ihnen gewählten Abgeordneten beeinflussen.

Der Bundestag führt bereits eine öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern, deren Ausgestaltung sich allerdings in der Diskussion befindet. Ebenso wird gegenwärtig - auch unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse - in zahlreichen Bundesländern parteiübergreifend über entsprechende Regelungen diskutiert. Ein solcher Diskurs soll mit der beantragten Anhörung auch in Hessen beginnen.

Wiesbaden, 20. März 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**